

Antrag 2026/I/Bil/10

Kreis Harburg

Zinsobergrenze für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die Mitglieder der SPD im Senat so-
2 wie die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, sich für die Einführung einer Zinsober-
3 grenze bei Krediten zur Studien- und Ausbildungsförderung durch die KfW Bank einzusetzen.
4 Dabei soll sichergestellt werden, dass der effektive Zinssatz für entsprechende Darlehen dau-
5 erhaft höchstens 3,5 Prozentpunkte über dem aktuellen Leitzins der Europäischen Zentralbank
6 (EZB) liegt. Die Höhe des Zinssatzes insgesamt soll nicht oberhalb von 7,5 % liegen. Der Lan-
7 desparteitag möge weiterhin beschließen, den Antrag mit folgendem Petitum an den Bundes-
8 parteitag weiterzuleiten: Der Bundesvorstand der SPD sowie die SPD-Bundestagsmitglieder
9 werden aufgefordert, sich für die Einführung einer bundesweiten Zinsobergrenze bei Krediten
10 zur Studien- und Ausbildungsförderung durch die KfW Bank einzusetzen. Dabei soll sicherge-
11 stellt werden, dass der effektive Zinssatz für entsprechende Darlehen dauerhaft höchstens 3,5
12 Prozentpunkte über dem aktuellen Leitzins der europäischen Zentralbank (EZB) liegt. Die Höhe
13 des Zinssatzes insgesamt soll nicht oberhalb von 7,5 % liegen.

14 Begründung

15 Die SPD steht seit Jahrzehnten für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit in der Bildung
16 ein. Durch zahlreiche Reformen wurde erreicht, dass der Zugang zu Hochschulbildung heu-
17 te nicht mehr primär vom Einkommen oder Vermögen der Eltern abhängt. Diese Politik war
18 erfolgreich: Die Zahl der Studienanfänger*innen ist in den vergangenen Jahrzehnten deut-
19 lich gestiegen – von 262.000 im Jahr 1995 auf 488.000 im Studienjahr 2024/2025, mit einem
20 Höchststand von 519.000 im Jahr 2011/2012. Bildung ist nicht nur ein individueller Schlüssel zu
21 einem selbstbestimmten Leben, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit –
22 insbesondere angesichts des Fachkräftemangels. Deshalb ist es wichtig, auch unter sich wan-
23 delnden wirtschaftlichen Bedingungen für faire Zugangsbedingungen zu sorgen. Aktuell füh-
24 ren steigende Inflationsraten zu erhöhten Zinssätzen bei Studienkrediten, was die finanzielle
25 Belastung für Studierende erheblich erhöht. Diese Entwicklung kann dazu führen, dass junge
26 Menschen aus einkommensschwachen Haushalten vom Studium abgeschreckt werden – eine
27 unerwünschte Umkehr des erreichten Fortschritts. Um dieser sozialen Schieflage entgegen-
28 zuwirken, bedarf es einer verlässlichen, sozialverträglichen Deckelung der Zinssätze für Studi-
29 enkredite. Ein gesetzlich verankertes Zinslimit würde sicherstellen, dass die Entscheidung für
30 ein Studium nicht an der finanziellen Ausgangslage scheitert. Bildung muss auch in Zukunft
31 ein Recht für alle bleiben – unabhängig vom Geldbeutel. Die Art der Finanzierung (z.B. über
32 die Reinvestition aus Rückzahlungsüberschüssen oder eine Bezuschussung zum Ausgleich der
33 Zinsdifferenz) soll ebenfalls in den relevanten Ausschüssen geprüft und ermöglicht werden.